

Absender:

**SPD-Fraktion, Gruppe B90-Grüne/BIBS  
im Stadtbezirksrat 111**

**24-23620**

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Änderungsantrag zu DS 24-23503 Abschaffung der  
Straßenausbaubeiträge**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.04.2024

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode  
(Entscheidung)

18.04.2024

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Beschluss:**

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten zu prüfen, ob es alternative Möglichkeiten für die Finanzierung von Straßenausbauten gibt und dem Rat entsprechende Vorschläge unterbreiten.

**Sachverhalt:**

Die Niedersächsische Gemeindeordnung stellt den Kommunen frei, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben. Die Stadt Braunschweig hat in einer Straßenausbaubeitragssatzung festgelegt, dass Anlieger Beiträge zu zahlen haben. Die entsprechenden Beiträge sind ausschließlich von den Grundstücksbesitzern zu zahlen, sie können nicht auf Mieter umgelegt werden. Im jüngsten Vorhaben sollen nach einer Kanalsanierung in Waggum, Feuerbrunnen/Kirchblick die Anlieger für den Ausbau der Straße Beiträge zahlen. Die Beiträge der Anlieger liegen teilweise bei bis zu 70.000 €, oder gar 85.000 €, Summen in dieser Höhe sind für die Anlieger existenzgefährdend. Nach einer Alternative ist zu suchen.

Stefan Jung  
SPD-Fraktionsvorsitzender

Dr. Fabian Preller  
Vorsitzender Gruppe Bündnis 90/Grüne & BIBS

**Anlage/n:**

Keine